

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD Brandenburg, Alleestraße 9, 14469 Potsdam

David Kolesnyk
Generalsekretär

Hospiz- und PalliativVerband Brandenburg e.V.
Alind Groschwald
Kreuzstraße 14
14482 Potsdam
per E-Mail: info@HPV-Brandenburg.de

Potsdam, 13.08.2024

Ihre Wahlprüfsteine an die SPD Brandenburg

Sehr geehrte Frau Groschwald,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine, die ich Ihnen hiermit gerne beantworte.

1. Wie steht Ihre Partei grundsätzlich zum Thema Hospiz- und Palliativversorgung? Welche konkreten Aussagen gibt es dazu im Partei- und/oder Wahlprogramm?

Aus unserer Sicht braucht das Thema der Hospiz- und Palliativversorgung, mit den vielen damit beauftragten und sehr engagierten Personen, Einrichtungen und Organisationen, eine noch breitere und öffentlichere Aufmerksamkeit. Das gilt auch für die schwerstkranken und sterbenden Menschen, welche auf ihrem letzten Weg einen würdevollen und friedlichen Abschied mit einer guten Versorgung und Begleitung verdienen. Unser Dank und all unsere Hochachtung gebührt daher vor allem denen damit beauftragen Hausarztpraxen, Pflegediensten, stationären Pflegeeinrichtungen, Palliativstationen in Krankenhäusern, stationären Hospizen, ambulanten Hospizdiensten und Palliative-CareTeams (PCT). Damit sie alle ihre herausragende Arbeit fortsetzen können, haben wir uns für nächsten fünf Jahre zum Ziel gesetzt, weiterhin die medizinische und pflegerische Versorgung für die Brandenburger Bevölkerung in Teilen des Landes zu sichern.

Schon in der aktuellen Legislaturperiode hat die SPD-geführte Landesregierung für den Erhalt und die Stärkung unserer Krankenhausstandorte enorme finanzielle Anstrengungen unternommen. So haben die Krankenhäuser, bundesweit einzigartig, zwischen 2022 bis 2024 rund 200 Mio. Euro/Jahr bekommen. Unter der Prämisse der Verbesserung der Qualität der Versorgung gehen wir diesen Weg weiter. Statt der bisher festen Fördersumme von 110 Mio.

Euro pro Jahr erhalten unsere Krankenhäuser künftig jährlich 200 Mio. Euro, um eine breite stationäre medizinische Versorgung im Land sicherzustellen. Zudem wollen wir die kommunalen Krankenhäuser weiterentwickeln und dazu kommunale Klinikverbände fördern, wovon auch die Palliativstationen profitieren sollen. Wir werden uns für den Erhalt einer guten haus- und fachärztlicher Versorgung einsetzen und das Landärzteprogramm fortführen.

Gleichzeitig wollen wir im Punkt der Fachkräftesicherung vor allem die Anerkennung ausländischer Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich beschleunigen, die Pflegeschulen weiter unterstützen und deren Investitionspauschale erhöhen sowie den „Pakt für Pflege“ fortsetzen und ausbauen. Dieser konnte schon in dieser Legislaturperiode vor Ort anteilig bei Projekten der Stärkung palliativmedizinischer und hospizlicher Leistungen in der stationären Pflege helfen. Zudem wollen wir die Ehrenamtskarte attraktiver gestalten und dahingehend ausbauen, dass zukünftig zur Unterstützung der Wertschätzung und gesellschaftlichen Stärkung, auch der ehrenamtliche Hospizdienst von den Angeboten und Vergünstigungen profitiert.

2. Welche konkreten Pläne zur Unterstützung und Weiterentwicklung der Brandenburger Hospiz- und Palliativarbeit hat Ihre Partei?

Wir verweisen hier auf die umfassende Antwort der 1. Frage, mit der Stärkung und dem Erhalt der Krankenhaustandorte sowie der haus-, fachärztlichen und pflegerischen Versorgung, den Maßnahmen der Fachkräftesicherung sowie dem Ausbau der Ehrenamtskarte für die ehrenamtliche Hospizarbeit. Eine zusätzliche Würdigung, Unterstützung und thematische Verbreitung streben wir beispielsweise zusätzlich durch die Bekanntmachung des Brandenburger Hospiztages sowie des Hospiz- und Palliativverbandes Brandenburg e.V. an.

3. Welchen Standpunkt bezieht ihre Partei zum Urteil des BVerfG zu §217 vom 26.02.2020 und dem daraus folgenden Thema des assistierten Suizids und welche präventiven Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen?

Die Brandenburg SPD hat im Besonderen die Bundestagsdebatten der Jahre 2022 und 2023 sorgfältig verfolgt. Hierbei ging es um mögliche Schlussfolgerungen im Zusammenhang mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2020, wonach jeder ein Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben hat. So haben wir auch das Scheitern der im Bundestag zur Abstimmung stehenden Gesetzentwürfe zur Neuregelung der Sterbehilfe vernommen, welche fraktionsübergreifende Gruppen eingebracht haben. Auch für uns ist das Thema Sterbehilfe eine zutiefst ethische Frage, wo innerhalb unserer Partei viele unterschiedliche Meinungen zu

finden sind. Einigkeit sollte aus unserer Sicht in dem Punkt vorherrschen, dass Sterbehilfe niemals kommerziellen Zwecken unterliegen darf. Im Punkt der Suizidprävention braucht es viele Rahmenbedingungen. Bei der diesbezüglich im Bund angesiedelten Diskussion wird das Land Brandenburg die bestehenden Möglichkeiten des Austausches suchen.

4. Welche Strategien und konkreten Pläne verfolgt Ihre Partei, um allen Menschen, z.B. auch
a.) den hochbetagten oder behinderten Menschen,
b.) Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen in der Wohnungslosigkeit,
c.) Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit lebensverkürzenden Erkrankungen die Hospiz- und Palliativversorgung und damit ein gutes Lebensende und ein Sterben in Würde zu ermöglichen?

Hauptbestandteil unseres fortführenden Ziels für die nächsten fünf Jahre ist, die medizinische und pflegerische Versorgung für alle Brandenburger Bevölkerungsteile und -gruppen, unabhängig von Alter, Herkunft, Behinderung, Lebens- und Wohnumstände usw., in allen Regionen des Landes zu sichern.

5. Der Kreis derer, die einer hospizlich-palliativen Sorge bedürfen, steigt stetig. Dem stehen eine zunehmende Ressourcenknappheit und ebenfalls ansteigende Fachkräftemangel im gesamten Pflegebereich gegenüber. Welche Ansätze verfolgt Ihre Partei, um diese Diskrepanz zu entschärfen?

Die Brandenburg SPD hat sich zum Ziel gesetzt, weiterhin die Anerkennung ausländischer medizinischer Fachkräfte zu beschleunigen. Es muss das Ziel sein, dass Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich schneller zur Gesundheitsversorgung beitragen können. Hierzu werden wir die Antragsinitiative der Koalition, den Beschluss „Beschleunigte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Gesundheitssystem“ (DS 7/ 7378-B), weiter umsetzen. Hierzu gehören u.a. die Ausweitung der Servicezeiten und -nummern sowie die Bekanntmachung des entsprechenden LAVG-Dezernates, die Intensivierung der Werbung und Bekanntmachung von Bundesprogrammen zur Akquise von ausländischen Fachkräften, die Fortsetzung des Runden Tisches „Fachkräftesicherung in der Langzeitpflege“ oder auch der Kontakte zum Bund sowie zu nationalen und internationalen Fachkräfteagenturen.

Im Punkt der Fachkräftesicherung werden wir zudem die Pflegeschulen weiter unterstützen und deren Investitionspauschale erhöhen, uns für eine bundesweit strenge Begrenzung der Leiharbeit in der Pflege einsetzen und im Besonderen den „Pakt für Pflege“ fortsetzen und ausbauen. Dessen umfassende Wirkung zeigen die Ergebnisse einer „Wissenschaftlichen

Evaluation der Umsetzung des Pakts für Pflege Brandenburg“. Demnach wurden geeignete Rahmenbedingungen geschaffen, um Pflegebedürftigkeit zu verzögern, zu verschieben und zu mildern, wie auch die häusliche Pflege gestärkt wurde. So konnte der erwartende Personalmangel in der Pflege abgemildert bzw. kompensiert werden. Wir werden die Stärkung der häuslichen Pflege sowie die Pflege im hausnahen Umfeld fortführen.

6. Welche konkreten Pläne hat Ihre Partei, die ambulanten und stationären palliativen Versorgungsstrukturen (AAPV, SAPV sowie Palliativstationen und -teams) in Brandenburg zu unterstützen und auszubauen?

Wir werden uns bezüglich der aktuellen palliativen Versorgung und Strukturen, als auch den daraus resultierenden konkreten Plänen, im Besonderen mit der AOK Nordost austauschen. Sie hat für die Landesverbände der Krankenkassen und die Ersatzkassen im Land Brandenburg die Federführung für die Finanzierung der Spezialisierten Ambulanten Palliativversorgung (SAPV) gemäß §§132d und 37b SGB V inne. Hierbei werden wir die Möglichkeiten der Durchführung einer Bedarfsanalyse beraten, welche Grundlage für die Entwicklung der SAPV-Versorgung für Kinder in Brandenburg sein kann. Gleichzeitig werden wir, wie im Besonderen auch mit der Bundesebene, die Wirkung und Umsetzung des Bundesgesetzes zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) diskutieren, welches das Ziel einer stärkeren Förderung der Hospiz- und Palliativversorgung beinhaltet. Anhand dieser Gespräche sollen Schlüsse für die zukünftige Verbesserung und Unterstützung gezogen werden.

7. Wie wird Ihre Partei zur Verbesserung der Finanzierung für Hospize und palliative Versorgungsstrukturen beitragen?

Hierbei wird auf die Beantwortung von 6. Frage verwiesen.

8. Kann Ihre Partei eine verbesserte und stabile finanzielle Förderung des Hospiz- und Palliativverbandes (HPV) Brandenburg e.V. gewährleisten und falls ja - wie?

Hierbei wird auf die Beantwortung von 6. Frage verwiesen.

9. Wie steht Ihre Partei einem interfraktionellen Gesprächskreis Hospiz- und Palliativarbeit in Brandenburg als regelmäßiges Austauschgremium gegenüber?

Die Brandenburg SPD steht der Diskussion im Punkt der Bildung eines demokratisch-interfraktionellen, Gesprächskreises Hospiz- und Palliativarbeit im Land Brandenburg positiv gegenüber.

10. Mit welchen Akteuren können Sie sich den Gesprächskreis vorstellen?

Neben den demokratischen Fraktionen sollten für einen solchen Gesprächskreis aus unserer Sicht vor allem weitere Vertreterinnen und Vertreter der Politik (Land, Landkreise, kreisfreie Städte) sowie vor allem auch der Hausarztpraxen, Pflegedienste, stationären Pflegeeinrichtungen, Palliativstationen in Krankenhäusern, stationären Hospize, ambulanten Hospizdienste und Palliative-CareTeams (PCT) sowie des Hospiz- und PalliativVerbandes Brandenburg e.V. hinzugezogen werden.

11. Planen Sie, einen Experten für hospizliche und palliative Themen zu beauftragen?

Die Brandenburg SPD wird sich einer Diskussion im Punkt der Beauftragung eines Experten/einer Expertin für hospizliche und palliative Themen nicht verschließen. Hierbei sollte es vorab einen breit angelegten und partizipativen Diskurs bzgl. der Notwendigkeit, Ansiedlung, Finanzierung, Aufgaben sowie den fachlichen Voraussetzungen einer solchen Person geben.

Mit freundlichen Grüßen



David Kolesnyk
Generalsekretär